

Inhalt:

Das Fördern ausgestalten

Mit Hartz IV ist das Konzept von Fördern und Fordern verbunden. Das Fordern ist deutlich formuliert und verlangt den Betroffenen viel ab. Jetzt geht es ums Fördern. [... zum Artikel](#)

Sinnvolle Hafenanplanung

Die rot-grüne Bundesregierung hat im September beschlossen, Investitionen des Bundes in Flussvertiefungen und Verkehrsinfrastruktur gemeinsam mit den Ländern abzustimmen und ein Seehafenkonzept zu erarbeiten. [... zum Artikel](#)

Beim Geldverteilen geht's ans Eingemachte

Die grüne Bürgerschaftsfraktion sieht den ›Masterplan Kultur‹ mit gemischten Gefühlen. [... zum Artikel](#)

NichtabiturientInnen-Kurse vor dem Aus – keine Chance mehr für Berufstätige

Es fehlen lediglich 40.000 Euro, um das wichtige Angebot der Zugangsberechtigung zur Hochschule über den zweiten Bildungsweg aufrechtzuerhalten. [... zum Artikel](#)

Vier Sterne – vierfach gefördert

Bremerhaven bekommt ein neues Hotel. Diese eigentlich privatwirtschaftliche Angelegenheit unterstützt das Land Bremen mit Wohlwollen, sicheren Mieteinnahmen und noch ein paar extra Millionen. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

Das Fördern ausgestalten

Mit Hartz IV ist das Konzept von Fördern und Fordern verbunden. Das Fordern ist deutlich formuliert und verlangt den Betroffenen viel ab. Jetzt geht es ums Fördern.

In der Oktober-Sitzung der Bürgerschaft hatte die grüne Fraktion dazu Leitlinien in einem Antrag aufgestellt, den die große Koalition naturgemäß abgelehnt hat. Um Arbeitslose zu fördern, müssen entsprechende Arbeitsmarktprogramme und Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Das Geld dafür ist vorhanden und kommt aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Man muss in Bremen und Bremerhaven also nur wollen!

Wir wollen Programme, die Langzeitarbeitslosigkeit verhindern, Arbeitslose müssen beraten, qualifiziert werden und wieder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kommen. Flankierend wollen wir ein Landesprogramm für BerufsrückkehrerInnen, ein Programm für kleine, stadtteilbezogene arbeitende Träger, den Erhalt der Jugend-, Frauen- und offenen Beratungsangebote sowie Stützungsangebote für Menschen, die weniger als drei Stunden arbeiten können. Für uns hat in der künftigen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Jobs Vorrang! Das sieht auch das Gesetz vor. ›Ein-Euro‹-Jobs stehen daher erst am Ende aller Möglichkeiten. Die gegenwärtige Bremer Debatte um die Einführung von ›Ein-Euro‹-Jobs ist problematisch:

1. Sie sind nicht mit der Perspektive auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verbunden. Nach einem Jahr ist Schluss.
2. Sie sind nicht mit Wertschätzung und Anerkennung in unserer Zivilgesellschaft verknüpft. Arbeitslose müssen ab 1. Januar 2005 ›Ein-Euro‹-Jobs annehmen, wollen sie nicht eine Kürzung ihres ALG II riskieren. Dieser Zwang steht derzeit im Mittelpunkt der Debatte.
3. ›Ein-Euro‹-Jobs werden reguläre Jobs verdrängen und das Schaffen neuer verhindern.

Unser grüner Vorschlag:

Wir wollen aus den ›Ein-Euro‹-Jobs niedrig entlohnte reguläre Jobs machen. Das ist nicht viel teurer. Die Finanzierung am Beispiel eines/r allein stehenden Arbeitslosen sieht dann so aus:

Kosten der Unterkunft 350 €, ALG II 345 € und der eine Euro pro Stunde (ca. 150 € im Monat) werden zum Netto-Gehalt von 845 €. Das entspricht einem Brutto-Gehalt von ca. 1200 € und ist die Größenordnung, die gegenwärtig als Mindestlohn diskutiert wird. Die zunächst höheren staatlichen Kosten fließen als Steuern an den Staat oder als Sozialversicherungsbeiträge an die Kassen zurück. Dieses Modell macht aus Arbeitslosen ArbeitnehmerInnen, die ein Gehalt beziehen und Rechte und Pflichten haben. Das ist für das soziale Selbstverständnis und das Selbstwertgefühl wichtig. So bewegen sich Menschen auf gleicher Augenhöhe mit ihren KollegInnen, Verwandten und FreundInnen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Sinnvolle Hafenplanung

Die rot-grüne Bundesregierung hat im September beschlossen, Investitionen des Bundes in Flussvertiefungen und Verkehrsinfrastruktur gemeinsam mit den Ländern abzustimmen und ein Seehafenkonzept zu erarbeiten. Das bedeutet für Bremen und Norddeutschland, dass vor den Vertiefungen von Außenweser und Unter-/Außenelbe Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt werden.

Diese werden wir Bremer Grüne bewerten, alle Interessen verantwortlich abwägen und schließlich unsere Entscheidung über den Flussausbau treffen.

Einen Automatismus nach dem Motto ›Wenn Elbvertiefung, dann auch Weservertiefung und umgekehrt‹ halten wir für unsinnig.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Beim Geldverteilen geht's ans Eingemachte

Die grüne Bürgerschaftsfraktion sieht den ›Masterplan Kultur‹ mit gemischten Gefühlen.

Vor kurzem hat der neue Kultursenator Dr. Gloystein seinen Masterplan Kultur vorgestellt. Die grüne Bürgerschaftsfraktion betrachtet ihn mit gemischten Gefühlen: ›Darin finden sich viele gute Ansätze und Ziele, wie etwa die Vernetzung der Kultur mit der Stadtentwicklung und mit der Wissenschaft‹, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Karin Krusche. ›Und auch die Förderung des künstlerischen Nachwuchses ist selbstverständlich eine gute Sache.‹

Allerdings hat der Masterplan im zweiten Teil, da, wo es konkret wird, ein paar Tücken. Einigen Kultureinrichtungen der Stadt könnte in absehbarer Zeit das Wasser bis zum Halse steigen. Laut Plan soll eine Änderung von der institutionellen hin zur projektbezogenen Förderung vorgenommen werden. ›Grundsätzlich finden wir die damit verknüpfte Flexibilität ja nicht verkehrt‹, sagt Karin Krusche. Allerdings könnten damit einige Einrichtungen ihre letzte Planungssicherheit verlieren. Und vor dem Hintergrund der ohnehin knappen finanziellen Ausstattung des Kulturetats könnte die projektbezogene Vergabe auch dazu führen, dass kleinere Einrichtungen schließen müssen! Davor warnt die grüne Kulturpolitikerin: ›Eines der Vergabekriterien für Projekte soll die überregionale Ausstrahlung sein. Solch ein Maßstab kann der Stadtteilkultur und den kleinen Projekten das Genick brechen! Außerdem widerspricht es einem wichtigen Aspekt der Kulturhauptstadtbewerbung: Bremen wirbt doch gerade mit seiner vielfältigen und kleinteiligen Kulturszene für sich!‹ Karin Krusche kritisiert das Verfahren, das der Kultursenator gewählt hat. Besser hätte er sich zuerst mit VertreterInnen der Bremer Kulturszene an einen Tisch gesetzt und dann, unter Berücksichtigung ihrer Anliegen und Vorschläge, den Masterplan erarbeitet – und nicht andersherum.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

NichtabiturientInnen-Kurse vor dem Aus – keine Chance mehr für Berufstätige

Es fehlen lediglich 40.000 Euro, um das wichtige Angebot der Zugangsberechtigung zur Hochschule über den zweiten Bildungsweg aufrechtzuerhalten.

Da die Fortführung der Kurse für Nichtabiturientinnen und Nichtabiturienten an der Bremer Volkshochschule in einem Finanzvolumen von lediglich 40.000 Euro vollkommen unklar ist, wurde auf Antrag der grünen Fraktion zu diesem Thema in der Oktober-Sitzung der Bürgerschaft eine Aktuelle Stunde abgehalten. Hintergrund ist, dass sich das Kultur- und das Bildungsressort nicht einig sind, wer diese Summe aufbringen soll. De facto erschwert die große Koalition dadurch den Zugang zu den Hochschulen für Berufstätige.

Die bildungspolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, Anja Stahmann, fordert, den unwürdigen Streit zwischen den Ressorts Kultur und Bildung nicht auf den Schultern der Betroffenen auszutragen: ›Das führt dazu, dass diejenigen, die sich jetzt beworben haben – und das sind immerhin 80 Bremerinnen und Bremer – Absagen von der Volkshochschule bekommen müssen und damit auch in ihrer Lebensplanung gestoppt werden. Der Bremer Senat hat eine kollektive Verantwortung. Deshalb muss er auch kollektiv handeln. Dieses Ping-Pong-Spiel zwischen den Ressorts kann nicht so weiter gehen, wir brauchen schnell eine Lösung!‹

Die Bildungspolitikerin führt aus: ›Ein Wegfall der Kurse ist weder aus bildungspolitischer noch aus sozialpolitischer Sicht zu verantworten. Die Hochschulzugangsberechtigung auf dem zweiten Bildungsweg ist ein wichtiges Angebot, um neue Chancen auf ein Studium oder auf dem Arbeitsmarkt zu haben.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vier Sterne – vierfach gefördert

Bremerhaven bekommt ein neues Hotel. Diese eigentlich privatwirtschaftliche Angelegenheit unterstützt das Land Bremen mit Wohlwollen, sicheren Mieteinnahmen und noch ein paar extra Millionen.

So viele gute Gaben, wie aus einem Füllhorn sich ergießend – das war der grünen Bürgerschaftsfraktion dann doch eine Aktuelle Stunde im Landtag wert: Das Bremerhavener Hotel-Projekt ›SailCity‹ von Kurt Zech und Justus Grosse am Alten/Neuen Hafen bekam Ende September in den Wirtschaftsförderungsausschüssen eine Unterstützung von rund 4,4 Millionen Euro aus dem Topf ›Gemeinschaftsaufgabe (GA) Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‹ zugesprochen. Wohlgemerkt: für ein ursprünglich privatwirtschaftliches Vorhaben! Eine staatlich subventionierte Konkurrenz zum bestehenden Hotelangebot ist Wettbewerbsverzerrung. Damit bringt sich das Land Bremen in der Hotelbranche in Misskredit. Im Parlament stellte der grüne Fraktionsvize Matthias Güldner klar, dass wir Grüne dieses Vorgehen des Senats strikt ablehnen.

Insgesamt soll das Hotel vierfach subventioniert werden: Den Einstieg machte der geplante Umzug von bremenports in das neue Hotel. Der bedeutet eine staatliche Garantiemiete für mehrere Etagen. Dummerweise bezahlt bremenports damit im Hotelgebäude auch noch eine insgesamt höhere Miete als an seinen bisherigen fünf Standorten zusammen. Die zweite Subvention aus Steuermitteln in Höhe von 2,6 Millionen Euro stellte Bremen für die Aussichtsplattform bereit. Der dritte Streich war die Vermietung der Tiefgarage des Hotels; die soll langfristig von einem städtischen Unternehmen gemietet werden. Als Viertes kommen jetzt die rund 4,4 Mio. Euro GA-Mittel oben drauf.

Der Arbeitsplatzeffekt kann auch nicht wirklich überzeugen: Es wird mit ganzen 34 Arbeitsplätzen im Hotel- und Gastrobereich gerechnet. Stolze sieben Millionen Euro direkte Zuschüsse will die große Koalition dafür hinblättern – über 200.000 Euro pro erhofftem Job, ohne die öffentliche Garantiemiete mit einzurechnen. Matthias Güldners Fazit: ›Der Staat zahlt, und Private haben den Profit davon. Das kann für den Staat nicht gut sein.‹

Willkommen in Absurdistan!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Neulich in der Bürgerschaft ...

›Je weniger klappt, desto größer die Klappe!‹

Zwischenruf des grünen Abgeordneten Matthias Guldner an die Adresse von Bürgermeister Henning Scherf bei der Debatte über das Bewerbungshickhack um Turnfest und Kirchentag.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Grüner Besuch im FlorAtrium

Das ›Kartoffelprojekt‹ läuft gut. Dieses Beispiel für eine gelingende Kooperation zwischen dem Landesverband der Gartenfreunde und Bremer Schulen – Stadtkinder bauen im Lehrgarten Kartoffeln an – haben gartenbegeisterte grüne Abgeordnete bei ihrem Besuch im FlorAtrium kennen gelernt. Den Lehrgarten haben im vergangenen Jahr rund 2.000 Kinder besucht.

Stadtentwicklung im Hafen

Mit einer Busrundfahrt durch die Hafenquartiere, einem Besuch im Speicher XI und Gesprächen mit Planern hat sich die grüne Bürgerschaftsfraktion über die Weiterentwicklung der Überseestadt informiert. Die Bilanz: Für einen lebendigen Stadtteil braucht es mehr Projekte wie den Speicher XI mit seiner positiven Ausstrahlung. Und es wird Zeit für Quartiersplanungen in der Überseestadt.

Wissenschaftsstandort Bremerhaven

Der Neubau des Alfred-Wegener-Instituts erfreut grüne Herzen: Das AWI nutzt Regenwasser, kühlt seine Wände mit Hafenwasser, besitzt ein eigenes Blockheizkraftwerk und arbeitet viel mit natürlichem Licht. Der Leiter der Hochschule Bremerhaven, Peter Ritzenhoff, stellte den grünen Abgeordneten die Arbeit der ›Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie‹ (fk-wind) vor. Fazit des Besuchs: Bremerhaven ist auf einem guten Weg, sich als Wissenschaftsstandort zu profilieren – eine wichtige Zukunftsperspektive für die Stadt!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Rechtswidrige Zahlungen

Die 20-Millionen-Euro-Spende von e.on an Bremen hat leider nicht nur Gutes gebracht. Das so genannte ›Wirtschaftskabinett‹ hat eigenmächtig einen Teilbetrag von fünf Millionen Euro verteilt, ohne das Parlament damit zu befassen, eine halbe Million hat die Günter-Grass-Stiftung bekommen. Laut Haushalts- und Finanzausschuss liegen hier mehrere Verstöße gegen Bestimmungen der Landesverfassung und des Haushaltsrechts vor. Wir Grüne wollten, dass der Chef der Senatskanzlei, Reinhard Hoffmann, wegen vorsätzlicher Falschangaben, die die Auszahlung erst ermöglichten, seinen Platz räumen muss. Aber bei aller Zustimmung zu unserer Kritik in der Sache verbogen sich die großkoalitionären Fraktionen doch noch einmal so weit, dass sie im Endeffekt unseren Entlassungsantrag ablehnten.

mehr Infos: [Karoline Linnert](#)

Finanzdesaster in den Marschen

Die langjährige Politik der überdimensionierten Vorratshaltung von Gewerbeflächen rächt sich: 800 Hektar Gewerbefläche in der Arberger und Mahndorfer Marsch erweisen sich als Finanzdesaster. Mehr als 50 Mio. Euro sollen von Bremen an die Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) überwiesen werden, um die weit hinter den Erwartungen gebliebenen Flächenverkäufe zu kompensieren. Prognosen gehen von einem Schaden von bis zu 300 Mio. Euro für das Land Bremen aus. Deshalb haben wir in der Bürgerschaft beantragt, dass der Wirtschaftssenator bis zum 30.11. 2004 über die finanziellen Folgen der rückläufigen Gewerbeflächenvermarktung in Bremen und Bremerhaven berichtet und dass keine AIP-Mittel mehr für die Westerweiterung des Technologieparks bereitgestellt werden. Fortsetzung folgt bestimmt, wir berichten weiter.

mehr Infos: [Klaus Möhle](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Ein starres Bildungssystem? Das ist nun wirklich von Gestern. Vielfalt ist angesagt, Durchlässigkeit. Schließlich sind Berufsbilder immer schnelleren Veränderungen unterworfen – mit der Folge, dass auch die Zahl der Arbeitnehmer abnimmt, die in dem Beruf in Rente gehen, in dem sie einst als junge Leute angefangen haben. Flexibilität im Arbeitsleben bedingt Flexibilität im Bildungssystem. Und da verdient die ›Nichtabiturientenprüfung‹ seit jeher gute Noten. Sie eröffnet die Möglichkeit, nachträglich die Hochschulreife zu erwerben, ohne dass die Berufstätigkeit für Jahre unterbrochen werden muss.

Es muss Chancen jenseits des Bildungsdreisprungs Gymnasium-Abitur-Studium geben. Ich selbst gehöre zu denen, die einen anderen Werdegang genommen haben. Zunächst hatte ich die zweijährige Höhere Handelsschule besucht, dann eine Lehre zum Bankkaufmann angeschlossen. Und erst danach habe ich die Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg erworben, um Geographie- und Sozialkundelehrer werden zu können. Das war nach althergebrachtem Muster kein schnurgerader Bildungsweg, aber die Erfahrungen, die man mit einer Kombination Handelsschule-Lehre-Studium macht, können wirklich nicht schaden. Es war vielleicht nicht der bequemste Weg, aber ein sehr lohnender.

Christian Weber, Präsident der Bremischen Bürgerschaft

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Mehr Macht für die WählerInnen

Die große Koalition schadet nicht nur den Bremer Finanzen, sie schadet auch der demokratischen Willensbildung. Aber auch das Bremer Wahlrecht gibt den Bürgerinnen und Bürgern wenige Entscheidungsmöglichkeiten. Der Verein ›Mehr Demokratie‹ und die Bremer Grünen haben sich nun aufgemacht, nach einem großen Erfolg in Hamburg auch das hiesige Wahlrecht auf den neuesten demokratischen Stand zu bringen. Mehr Auswahl innerhalb der Listen (kumulieren und panaschieren) und mehr Basisnähe (Direktwahl in Wahlkreisen) heißen die Hauptstichworte. Wird die Bremische Bürgerschaft die Kraft zu einer Veränderung aus sich selbst heraus haben oder braucht es erst den Druck durch einen Volksentscheid?

Für Fragen und weitere Informationen steht [Matthias Güldner](#) zur Verfügung (Tel. 3011-236).

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Die flexible Schuleingangsphase

Wie Kindergarten und Grundschule besser kooperieren können

Prof. Dr. Ursula Carle, Uni Bremen

Anja Stahmann MdBB

Moderation: Jens Crueger MdBB

22.11. 2004, 20.00 Uhr

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, Raum II

Gute Luft – ein kostbares Gut

Luftreinhalteplanung in Nordrhein-Westfalen und Bremen

Egon Falkenberg, Landesuntersuchungsamt Essen

Ralf Wehrse, Senator f. Bau, Umwelt u. Verkehr Bremen

Moderation: Dr. Karin Mathes MdBB

25.11. 2004, 18.30 Uhr

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, Raum I

Schul-TÜV für Bremen?

Wie andere ihre Schulen besser machen

Fré Weerts, stellvertr. Inspektor, niederländisches Kultusministerium Groningen

Werner Wilken, Schulinspektion im Aufbau, niedersächsisches Kultusministerium

Hannover

Moderation: Anja Stahmann MdBB

13.12. 2004, 20.00 Uhr

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, Raum II

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Ulrike Bendrat

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch und Satz: Thomas Kollande

Fotos: Birte Ahlers, Ulrike Bendrat, Monika Heuß, Felix Holefleisch, IISD/ENB-Leila Mead, Landeswahlleiter Bremen, Jörg Sarbach, Universität Bremen

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)